

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 45. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. Juli 2008, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in Vertretung von Detlef Matthiessen

Weitere Abgeordnete

Ingrid Franzen (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Hartmut Hamerich (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bund-Länder-Vereinbarung der Regierungschefs vom 6. März 2008: Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in EU-Angelegenheiten	5
Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	
2. Bericht von der Europaministerkonferenz	7
Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	
3. a) Bericht zur Gründung der Gruppe „Baltic Sea Regions“ beim Ausschuss der Regionen	10
Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	
b) Aktionsplan zur integrierten Meerespolitik der Europäischen Union (Teil 1)	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1850	
Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	
c) Maritimer Aktionsplan Schleswig-Holstein (Teil 2)	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2113	
Berichterstatter: St Jost de Jager, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	
Prof. Dr. Peter Herzig, Direktor des IFM-GEOMAR	
4. Europäischer Forschungsraum - Möglichkeiten der Christian-Albrechts- Universität zu Kiel	16
Berichterstatter: Dr. Ingmar Schmidt, Leiter des Referates universitätsübergreifen- de Projekte im Bereich Forschung und Strukturplanung der CAU	
St Jost de Jager, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	
Prof. Dr. Peter Herzig, Direktor des IFM-GEOMAR	

5. Schwerpunkte französischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 **20**

Berichterstatlerin: Mme Claire Thuaudet, EU-Beauftragte der Französischen Botschaft

6. Verschiedenes **21**

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bund-Länder-Vereinbarung der Regierungschefs vom 6. März 2008:
Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in EU-Angelegenheiten**

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift

M Döring berichtet unter anderem, dass die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Länder über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union, Anlage 1 zu dieser Niederschrift, am 12. Juni 2008 von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefs der Länder unterzeichnet worden sei. Die Vereinbarung sei erforderlich geworden, weil im Rahmen der Föderalismusreform I eine bessere Einbindung der Länder in EU-Angelegenheiten vereinbart worden sei. Er begrüßt die Einigung über die vorliegenden Punkte, vor allem vor dem Hintergrund der zuvor geführten Diskussionen mit dem Bund über die Mitwirkungsbereiche der Länder. Die Erfolge im Zusammenhang mit dem Thema Meerespolitik zeigten, dass es sehr wichtig sei, dass die Länder nicht erst Mitwirkungsmöglichkeiten hätten, wenn es um Rechtsetzungsvorschläge der Kommission gehe. Häufig seien die Entscheidungen, wenn es mit dem Rechtsetzungsverfahren losgehe, schon getroffen. Im Bereich der Meerespolitik sei es deshalb gut gewesen, dass Schleswig-Holstein zusammen mit den anderen Küstenländern schon sehr frühzeitig und mit Nachdruck tätig geworden sei. Die Vereinbarung sehe jetzt vor, dass künftig entsprechende Themen im Bundesrat beraten werden sollten und damit auch die Länder Initiativmöglichkeiten erhielten.

Auch im Zusammenhang mit dem Thema Beitrittsverhandlungen sei ein Kompromiss erzielt worden. Die Länder würden künftig nach der Vereinbarung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen informiert, und der Bundesrat werde auf Wunsch auch über den weiteren Gang der Beitrittsverhandlungen unterrichtet. Das ermögliche den Europaparlamentariern in den Ländern, an der Diskussion teilzunehmen.

Darüber hinaus enthalte die Vereinbarung Mechanismen für Konfliktlösungen, insbesondere bei einem Streit über schwerpunktmäßige Betroffenheit bei Länderinteressen. In solchen Fällen sei die Einleitung eines Beratungsverfahrens vorgesehen, um eine übereinstimmende Lösung zwischen Bundestag und den Ländern zu erzielen. Man könne darüber streiten, wie stark

dieses Instrument wirklich sei, aber die Bundesregierung werde zumindest gezwungen, sich mit den Anliegen der Länder auseinanderzusetzen.

M Döring begrüßt noch einmal das Zustandekommen der Vereinbarung, weist aber darauf hin, dass das Inkrafttreten der Vereinbarung an das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages gekoppelt sei. Dies stelle jetzt natürlich ein Problem dar. Falls die Verabschiedung des Vertrages scheitern sollte, müsse man sich noch einmal mit der Bundesregierung zusammensetzen und die vereinbarten Regelungen unabhängig vom Lissabon-Vertrag in Kraft treten lassen.

Abg. Birk knüpft in der anschließenden Aussprache an die bisherigen Erfahrungen mit der Beteiligung der Länder, insbesondere der Landtagsausschüsse, mit Vorhaben der EU an und stellt fest, dass dies häufig sehr kurzfristig gewesen sei. Sie fragt, ob es nicht möglich sei, zu bestimmten wesentlichen neuen Vorhaben der EU, die im Bundesrat diskutiert würden, eine Information durch die Landesregierung zu erhalten, sodass sich die Ausschüsse im Landtag rechtzeitig damit befassen könnten. – M Döring antwortet, die Landesregierung habe über wesentliche Themen auch bisher schon immer rechtzeitig informiert. Er rate dringend davon ab, sich im Europaausschuss regelmäßig mit Bundesratsangelegenheiten zu beschäftigen, da das den Ausschuss mit Sicherheit überfordern werde. Über allgemein politische Angelegenheiten, die nachher auch in nationale Gesetzgebung umzusetzen seien, werde er selbstverständlich im Ausschuss gern rechtzeitig und umfassend informieren.

Auch die Vorsitzende, Abg. Höfs, erklärt, der Landtag, beziehungsweise der Europaausschuss, könne sich nur punktuell mit Themen der Agenda der Europäischen Union befassen. Man müsse sich auf einzelne interessante Themen beschränken, ansonsten sei es nicht zu schaffen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht von der Europaministerkonferenz

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

M Döring führt einleitend aus, dass man in den letzten Jahren mit der Europaministerkonferenz Schwierigkeiten gehabt habe, es sei unter anderem diskutiert worden, ob man die Konferenz nicht mit der Sitzung der Chefs der Staatskanzleien koppeln könne, weil in vielen Ländern die Aufgaben im Zusammenhang mit der Europäischen Union ebenfalls in der Staatskanzlei angesiedelt seien. Von Oktober 2005 bis Juni 2007 habe keine Europaministerkonferenz stattgefunden. Er – so M Döring weiter – habe dann gesagt, entweder man schaffe die Europaministerkonferenz ganz ab, oder man müsse sie beleben. Man habe sich für das Zweite entschieden und in diesem Jahr drei Sitzungen durchgeführt, bei denen auch wichtige Themen, wie zum Beispiel die Bund-Länder-Vereinbarung, die Zukunft der Kohäsionspolitik und eine Stellungnahme zur Mitteilung der Kommission „Haushalt reformieren, Europa verändern“, beraten und beschlossen worden seien.

M Döring berichtet weiter konkret über die Sitzung der Ministerkonferenz am 5. Juni 2008 in Brüssel, die von Schleswig-Holstein organisiert worden sei. Der Stellenwert, den Schleswig-Holstein in Brüssel genieße, sei dadurch deutlich geworden, dass vier verschiedene Kommissare der EU die Konferenz besucht und zu verschiedenen Themen berichtet hätten. Zum ersten Mal habe man im AdR getagt. Das sei sehr gut angekommen, vielleicht könne daraus eine Tradition erwachsen.

Die Konferenz habe sich im Zusammenhang mit einem Vortrag von Kommissar Špidla mit der sozialpolitischen Agenda der EU und der weiteren Ausführung der Antidiskriminierungsrichtlinie befasst. Er – so M Döring – habe in Teilen die Sorge, dass Europa auf dem sozialen Auge blind bleibe und insbesondere durch die Rechtsprechung des EuGH soziale Standards ausgehöhlt würden. Dazu sei eine ernsthafte Debatte mit Kommissar Špidla geführt worden. Kommissarin Ferrero-Waldner habe außerdem zum Thema Europäische Nachbarschaftspolitik referiert. In der anschließenden Diskussion sei deutlich geworden, dass manche Länder, beispielsweise die Ukraine, die europäische Nachbarschaftspolitik als Vorstufe zu einem Beitritt der Europäischen Union ansähen. Das sei jedoch nicht so gemeint. Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union werde also häufig missverstanden und von einigen Mitgliedstaaten auch instrumentalisiert. Anschließend habe sich die Europaministerkonferenz auf der Grundlage eines Vortrages von Kommissar Verheugen und unter Beteiligung von Herrn Stoi-

ber mit der besseren Rechtsetzungspraxis der Europäischen Union beschäftigt. Interessant sei, dass Kommissar Verheugen offensichtlich Ernst machen wolle mit dem Abbau von EU-Vorschriften. In der Diskussion sei wiederum deutlich geworden, dass viele, die heute den Wust der Gesetzesvorschriften monierten, sie irgendwann selbst gefordert hätten. Das mache die gesamte Debatte unglaublich. Darüber hinaus habe die Europaministerkonferenz mit Kommissarin Wallström über die Möglichkeiten der öffentlichen Diskussion und der Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Union diskutiert. Die Europaministerkonferenz habe sich außerdem deutlich zur Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen bekannt.

M Döring stellt abschließend fest, diese letzte Konferenz sei außerordentlich ertragreich von den Themen her gewesen, es habe jedoch wenige Beschlüsse gegeben. Schleswig-Holstein habe es geschafft der Europaministerkonferenz wieder Leben einzuhauchen, nun sei es an seinem Kollegen in Thüringen, hieran anzuknüpfen.

In der anschließenden Aussprache begrüßt zunächst die Vorsitzende, Abg. Höfs, die Weiterführung der Europaministerkonferenzen.

Abg. Ritzek spricht die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Union an und möchte wissen, ob auf der Europaministerkonferenz von irgendwelchen Erfolgen habe berichtet werden können. – M Döring antwortet, es habe hierzu eine sehr kritische Diskussion gegeben. Kommissarin Wallström habe deutlich gemacht, dass es Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten sei, Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen. Die Europäische Kommission stelle lediglich das Material dazu zur Verfügung. Die Kollegen seien von dem Vortrag nicht sehr überzeugt gewesen. Einzelheiten zu der Diskussion könnten sicher dem Protokoll über die Konferenz entnommen werden, dass er dem Europaausschuss nach Genehmigung gern zuleiten werden. - Abg. Spoorendonk fragt, ob eine Neuauflage oder eine neue Kampagne nach dem Plan D vonseiten der Europäischen Union geplant sei. – M Döring antwortet, es werde eine Kampagne im Rahmen der Europawahl geben, insbesondere vom Europäischen Parlament. Er habe nicht den Eindruck, dass etwas ganz Neues geplant sei.

Abg. Fischer möchte wissen, ob auf der Konferenz im Zusammenhang mit der Union der Mittelmeerstaaten über die Rolle der Türkei, die zukünftige Zusammenarbeit, die Flüchtlingsströme und die maritime Politik gesprochen worden sei. – M Döring erklärt, diese Themen würden alle mitverhandelt. Die Flüchtlingsströme stellten ein gravierendes Problem dar, das nur gemeinsam gelöst werden könne. Das müsse in der gesamten Europäischen Union diskutiert werden. Der Umgang mit den Flüchtlingen in den einzelnen Ländern sei nicht so, wie man sich das in Deutschland unter rechtsstaatlichen Normen vorstelle. Viel wichtiger sei aber, dass sich die Menschen gar nicht erst auf See begäben, sodass sie sich diesen lebensbedrohli-

chen Strapazen gar nicht erst aussetzen. Dies könne man nur durch eine Veränderung der Lebensbedingungen vor Ort erreichen. Zum Beitritt der Türkei stellt er lediglich fest, wenn der Lissabon-Vertrag nicht zustande komme, könne auch die Türkei nicht der Europäischen Union beitreten. Die Verhandlungen, die ohnehin schwierig seien, würden sich dadurch weiter verzögern.

Abg. Müller teilt die Einschätzung von M Döring zu den Sozialstandards in Europa und möchte wissen, wie der Minister die Möglichkeiten Schleswig-Holsteins einschätze, auf diese Entwicklung Einfluss zu nehmen. – M Döring weist darauf hin, dass Schleswig-Holstein formal keinen Einfluss nehmen könne, jedoch informell, indem man das Thema immer wieder auf die Tagesordnung rufe und so in die Öffentlichkeit und eventuell auch auf Bundesebene bringe. Eine Debatte hierüber werde sich mit Sicherheit auch im Zusammenhang mit der anstehenden Europawahl ergeben.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Bericht zur Gründung der Gruppe „Baltic Sea Regions“ beim Ausschuss der Regionen

Berichtersteller: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

M Döring berichtet über die im letzten Jahr gestartete Initiative zur Gründung der Gruppe „Baltic Sea Regions“ beim Ausschuss der Regionen, die er zusammen mit Frau Britt Lundberg, Mitglied der Regionalparlaments Åland, in die Wege geleitet habe. Nach der Geschäftsordnung des Ausschusses der Regionen könne so eine interregionale Gruppe gegründet werden, wenn sich mindestens zehn Vertreter aus wenigstens vier verschiedenen nationalen Delegationen zusammenfänden. Außerdem müssten Ziele verfolgt werden, die einen eindeutigen Beitrag zur Politik des Ausschusses der Regionen leisteten. Die Gruppe „Baltic Sea Regions“ habe nach einer ersten informellen Sitzung und der Gründung im November letzten Jahres inzwischen über 30 Mitglieder aus allen Mitgliedstaaten des Ausschusses der Regionen rund um Ostsee. Zum Vorsitzenden sei Uno Aldegreen, zum 1. Vizepräsidenten er selbst – M Döring – und zur 2. Vizepräsidentin Britt Lundberg gewählt worden.

Inzwischen habe die Gruppe drei Arbeitssitzungen durchgeführt. Auf der ersten Arbeitssitzung im Februar 2008 sei das Arbeitsprogramm mit den Themen Meerespolitik, europäische Strategie für den Ostseeraum und nördliche Dimension festgelegt worden. In der Sitzung im April habe sich die Gruppe dann zunächst mit der EU-Ostseestrategie beschäftigt. Erstmals habe die EU für einen Teil der Europäischen Union eine eigene Strategie entwickelt. Da die Kommission die Ostsee für die am weitesten entwickelte Meeresregion halte, habe man einem Wunsch der schwedischen Regierung entsprochen, für die Ostsee eine eigene Strategie zu entwickeln. Sie umfasse nicht nur die Meerespolitik, sondern die gesamte Zusammenarbeit im Ostseeraum. Die Federführung hierbei habe die DG Regio von Kommissarin Hübner unter Beteiligung der DG Mare von Kommissar Borg. Die Strategie solle im Herbst auf verschiedenen Konferenzen weiterentwickelt werden. Die Gruppe „Baltic Sea Regions“ beim AdR habe dazu ein Eckpunktepapier verfasst und den Kommissaren zugeleitet. Die Rückmeldungen hierzu seien außerordentlich positiv gewesen. Die Strategie solle im Juni nächsten Jahres fertiggestellt sein, sodass sie während der schwedischen Ratspräsidentschaft präsentiert werden könne.

M Döring kündigt an, dem Ausschuss das Eckpunktepapier der Gruppe „Baltic Sea Regions“ zu diesem Thema zuzuleiten.

Er berichtet weiter über das im Juni stattgefundenene Treffen, bei dem ein Gespräch mit dem zuständigen Direktor der DG Mare für die Nord- und Ostsee, John Richardson, geführt worden sei. Im November sei die Auseinandersetzung mit dem Thema „Nördliche Dimension“ geplant, im Oktober 2008 sei vorgesehen, dass der ehemalige schwedische Finanzminister Allan Larsson über ein Forschungsprojekt im Ostseeraum berichte.

Zusammenfassend stellt M Döring fest, diese neugegründete Gruppe habe schon richtig Leben entwickelt. Sie werde zwar von den Fraktionen im Ausschuss der Regionen eher kritisch gesehen, die Geschäftsordnung sehe jedoch ausdrücklich die Bildung solcher Gruppen vor. Sie sei wichtig, um unter anderem der Mittelmeerunion etwas entgegenzusetzen zu können. Auf seinen Vorschlag hin sei das Sekretariat dieser Gruppe beim Hanse-Office angegliedert worden, sodass Schleswig-Holstein hierüber informell Einfluss geltend machen könne.

In der anschließenden Aussprache fragt Abg. Spoorendonk nach der Zusammenarbeit mit dem Ostseerat und ob geplant sein, im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz über diese neue Gruppe zu berichten. – M Döring antwortet, die Gruppe sei kein eigenständiges Gremium, sondern nur eine Untergruppierung zum Ausschuss der Regionen. Die Beschlüsse, die dort gefasst würden, seien keine Beschlüsse des Ausschusses der Regionen. Diese informelle Gruppe könne lediglich Interessen bündeln, jedoch nicht eigenständig Kontakt zu anderen Organisationen, wie zum Beispiel zur Ostseeparlamentarierkonferenz, aufnehmen.

Die Frage von Abg. Ritzek, ob es ein vergleichbares Gremium der Kleinstaaten des Mittelmeeres gebe, beantwortet er dahingehend, dass die gerade dabei seien, so etwas ins Leben zu rufen.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, begrüßt die Gründung der Gruppe als Unterstützung der schleswig-holsteinischen Meerespolitikaktivitäten.

Abg. Birk spricht die Kritik an der Meerespolitik der EU an, insbesondere im Hinblick auf die EU-Fischfangflotten in afrikanischen Gewässern. – M Döring berichtet, dass hierüber im Ausschuss der Regionen sehr heftig und kritisch diskutiert worden sei. Die Mehrzahl der Mitglieder fordere eine nachhaltige Fischereipolitik. Nach wie vor zahle die EU Fördergelder für die Modernisierung von Flotten, dies müsse überdacht werden. Ziel müsse es sein, so etwas wie einen Küsten- und Inselfonds innerhalb des Strukturfonds zu bilden, in dem alle Gelder zusammengefasst würden. Damit wäre eine andere Steuerung möglich. Dieser Vorschlag werde jedoch von den Betroffenen kritisch gesehen. Der von Abg. Birk angesprochene Aspekt müsse in einer Gesamtlösung berücksichtigt werden. Er teile ihre Kritik da voll.

**b) Aktionsplan zur integrierten Meerespolitik der Europäischen Union
(Teil 1)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1850

(überwiesen am 29. Februar 2008 an den **Europaausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Berichtersteller: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

M Döring erklärt, dem Ausschuss sei die Entstehungsgeschichte des Aktionsplans zur integrierten Meerespolitik der Europäischen Union, die sehr eng von Schleswig-Holstein in Brüssel begleitet worden sei, sicher bekannt. Innerhalb der Landesregierung habe man sich darauf verständigt, dass das Thema „Europäische Meerespolitik“ von ihm in Brüssel vertreten werde, die konkrete Umsetzung sei jedoch Aufgabe des Wissenschafts- und des Wirtschaftsministeriums. Außer den üblichen Reibereien zwischen den Ministerien habe es eine sehr gute Kooperation in diesem Zusammenhang gegeben. Der vorgelegte Aktionsplan sei ausgezeichnet. Schleswig-Holstein sei die erste Region Europas, die einen solchen Aktionsplan vorgelegt habe. Das werde in Brüssel auch mit großen Augen betrachtet. Besonders begrüßenswert sei, dass Schleswig-Holstein hier seit Kurzem von der Bundesregierung unterstützt werde. Sie habe vor, ebenfalls einen nationalen Aktionsplan zur Meerespolitik zu entwickeln. Hierzu habe es eine erste Arbeitssitzung gegeben. Für Einzelheiten verweist er auf den Bericht von St de Jager.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Bericht der Landesregierung zum Aktionsplan zur integrierten Meerespolitik der Europäischen Union (Teil 1), Drucksache 16/1850, vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des Umwelt- und Agrarausschusses zur Kenntnis zu nehmen.

c) **Maritimer Aktionsplan Schleswig-Holstein (Teil 2)**

Bericht der Landesregierung

Drucksache 16/2113

(überwiesen am 19. Juni 2008 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europausschuss zur abschließenden Beratung)

Berichterstatter: St Jost de Jager, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Prof. Dr. Peter Herzig, Direktor des IFM-GEOMAR

St de Jager weist zu Beginn seines Berichts darauf hin, die verschiedenen Ressorts hätten in der im Zusammenhang mit der „Initiative Zukunft Meer“ gebildeten Arbeitsgruppe sehr gut zusammengearbeitet. Diese Arbeitsgruppe habe auch den Aktionsplan vorbereitet. Ausdrücklich bedankt er sich für die Mithilfe und als eigentlichen Motor der Angelegenheit bei Herrn Dr. Herzig, dem Maritimen Koordinator der Landesregierung.

St de Jager erklärt, der vorliegende Bericht passe zu den intensiven Aktivitäten der Landesregierung im Zusammenhang mit der maritimen Wirtschafts- und Meerespolitik. Zum ersten Mal sei die Branche der maritimen Wirtschaft anhand verschiedener Fragen präzise beschrieben worden: Wo sind wir jetzt? Wo wollen wir hin? Wie können wir es schaffen, dass die maritimen Technologien so aufgestellt sind, dass Schleswig-Holstein als Standort besser sichtbar wird und die Potenziale nach innen und nach außen besser genutzt werden können? Wie kann man die verschiedenen Akteure besser zusammenbringen?

St de Jager berichtet, dass die Bundesregierung angekündigt habe, mit einem nationalen Masterplan „Maritime Technologien“, der auf der nächsten maritimen Konferenz von der Bundeskanzlerin vorgestellt werden solle, nachzuziehen. Das sei sehr zu begrüßen. Man müsse davon wegkommen, dass die maritimen Angelegenheiten allein als Aufgabe der Küstenländer gesehen würden. Dass aus schleswig-holsteinischen Arbeitsvorschlägen auch bundesweite Initiativen entstehen könnten, zeige die Vorlage des maritimen Aktionsplans und der jetzt angekündigte nationale Masterplan „Maritime Technologien“.

Als Schwerpunkte des vorgelegten Berichtes nennt St de Jager zunächst unter dem Stichwort Ressortmanagement die stärkere Nutzung des Meeres. Das bedeute, dass man zugleich die Meere auch nachhaltiger schützen müsse. Ziel müsse weiter sein, das regionale, das nationale und auch das europäische Bewusstsein für die Meere als Wirtschaftsraum und Ökosystem zu

steigern. Außerdem müsse die maritime Kompetenz, die in Schleswig-Holstein vorhanden sei, nach außen getragen und über zusätzliche Dialoge und Netzwerke vorangebracht werden. Viele Chancen und Potenziale seien noch nicht erkannt und genutzt worden. Alle müssten zusammenarbeiten, damit Schleswig-Holstein als Standort gut aufgestellt sei. Hierzu seien in dem Bericht mehr als 50 Projekte genannt, die in Schleswig-Holstein schon umgesetzt würden.

Herr Dr. Herzig, Professor an der CAU und Direktor des IFM-GEOMAR, stellt im Folgenden einzelne Projekte, die im Bericht der Landesregierung zum maritimen Aktionsplan Schleswig-Holstein aufgeführt seien, Drucksache 16/1759, näher vor. Er greift aus den zentralen Leitlinien drei Bereiche heraus und stellt im Zusammenhang mit dem Ziel, die Aufmerksamkeit für die Meere zu steigern, die Verleihung des Elisabeth-Mann-Borgese-Preises und das Science Center Kiel vor. Stellvertretend für den Bereich „Maritime Zukunftstechnologien befördern“ informiert er über den Bau des Meeresforschungstauchbootes Orka, den Ausbau der Gashydrat-Forschung und der bioaktiven Oberflächen sowie den Aufbau mariner Aquakulturen, Stichwort: „Seefische an Land“, in Kiel und Büsum. Im Zusammenhang mit dem Schwerpunkt „Meere erforschen“ nennt er das „Earth Institute Kiel“ und das Exzellenzcluster „Ozean der Zukunft“, in dessen Mittelpunkt das Stichwort K²R stehe - Klima, Katastrophen, Rohstoffe - und in dem versucht werde, Katastrophenvorhersage zu betreiben.

Abschließend weist Herr Dr. Herzig darauf hin, dass zurzeit eine Broschüre in diesem Zusammenhang erarbeitet werde, die so gestaltet sein solle, dass sie ohne Vorkenntnisse voraussetzen, die erforderlichen Informationen liefere. Darüber hinaus werde auch ein Film erstellt, der für die Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden solle.

In der anschließenden Aussprache möchte Abg. Müller zunächst wissen, was er sich unter dem Stichwort „Seefische an Land“ vorstellen müsse. – Herr Dr. Herzig antwortet, um das Ziel zu erreichen, die Meere nicht vollständig leer zu fischen, müsse man dual vorgehen. Das heißt, man müsse einerseits versuchen, die natürlichen Bestände zu schützen, andererseits den Bedarf an Speisefisch über Zuchten an Land zu decken. Um zu verhindern, dass Seefische gefangen würden, um die Fische an Land zu mästen, müsse es darum gehen, neue Arten der Fütterung für solche Landfische zu entwickeln. – St de Jager ergänzt, hierzu sei in Schleswig-Holstein eine Relevanzanlage in Büsum geschaffen worden, die jetzt durch eine nennenswerte Förderung durch die Landesregierung unterstützt werde. Darüber hinaus unterstütze die Landesregierung auch einige Forschungsprojekte hierzu in Kiel. Das Thema Aquakultur sei mit einer Stiftungsprofessur besetzt. Gleichzeitig gehe es auch um die Vermarktung der Fische. In der CAU sei dieses Thema in der Agrarfakultät angesiedelt.

Abg. Fischer fragt nach Kooperationen mit osteuropäischen Staaten und den USA. – Herr Dr. Herzig antwortet, zu osteuropäischen Staaten gebe es wenig Verbindungen. Traditionell arbeite man mit den USA sehr gut zusammen, unter anderem in den Bereichen Gashydratgewinnung und -nutzung.

Abg. Ritzek möchte wissen, ob auch daran gedacht werde, die hohe Kompetenz des Instituts IFM-GEOMAR nicht nur weiterzugeben, sondern auch zu vermarkten. – Herr Dr. Herzig antwortet, im Bereich der marinen Aquakultur werde darüber nachgedacht, ein kommerzielles Angebot des Trainings und der Ausbildung in diesem Bereich, insbesondere in Asien, anzubieten und hierfür auch eine Schulungsgebühr zu verlangen, damit sich die Ausbildung selbst trage. In den anderen Bereichen gehe es hauptsächlich darum, zunächst das Wissen zu schützen, um sich dann die Möglichkeit offenzuhalten, dieses später durch die Platzierung von Patenten zu versilbern. Insbesondere im Bereich der Gashydrate sei es sehr schwierig abzuschätzen, wie viel Wissen man preisgeben dürfe, um sich die Option offenzuhalten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, „Maritimer Aktionsplan Schleswig-Holstein (Teil 2), Drucksache 16/2113, abschließend zur Kenntnis.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schlägt vor, am 29. Oktober 2008 eine Bereisung durch Schleswig-Holstein durchzuführen, bei der sich der Ausschuss mit maritimen Themen beschäftige. Möglicherweise habe auch der Wirtschaftsausschuss ein Interesse daran, hieran teilzunehmen. – Der Ausschuss beschließt, diese maritime Bereisung durch Schleswig-Holstein entsprechend des Vorschlags der Vorsitzenden am 29. Oktober 2008 durchzuführen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Europäischer Forschungsraum - Möglichkeiten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Berichtersteller: Dr. Ingmar Schmidt, Leiter des Referates universitätsübergreifende Projekte im Bereich Forschung und Strukturplanung der CAU

St Jost de Jager, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Peter Herzig, Direktor des IFM-GEOMAR

St de Jager führt aus, der europäische Forschungsraum sei eines der Kernelemente der Lissabon-Strategie. Es sei angestrebt worden, durch Einrichtung des Europäischen Forschungsraums einen dem Bologna-Prozess vergleichbaren Prozess anzustoßen. Dies solle den Europäischen Forschungsraum verändern. Das von der Kommission vorgelegte Grünbuch zum Europäischen Forschungsraum sei die Basis für die weiteren Konsultationen. Die Themen des Grünbuchs seien die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsmarktes, von Forschungsinfrastruktur auf Weltniveau und von Spitzenforschungseinrichtungen. Das übergeordnete Ziel bestehe in einer Optimierung von Forschungsprogrammen und einer internationalen Vernetzung. Die Auswirkungen des ins Stocken geratenen Ratifizierungsprozesses des Vertrags von Lissabon könnten noch nicht in Gänze abgeschätzt werden, es sei jedoch vermutlich möglich, einige Maßnahmen dennoch durchzuführen.

Der Bundesrat habe die Inhalte des Grünbuchs begrüßt, aber die Bedeutung der regionalen Forschungspolitiken betont und auf das Subsidiaritätsprinzip hingewiesen. Dies sei vor dem Hintergrund wichtig, dass der European Research Council sich mittlerweile zu einer großen Agentur entwickelt habe, die nicht – wie in Deutschland sonst üblich – parlamentarischer oder politischer Kontrolle unterliege. Auf europäischer Ebene müsse stärker eine politische Verantwortlichkeit für Gelder, die in der Forschung eingesetzt würden, nachvollziehbar sein.

Insgesamt werde der Europäische Forschungsraum als Fortschritt in Schleswig-Holstein wahrgenommen. Man versuche, den Zielen des Europäischen Forschungsraums gerecht zu werden. Dabei gehe es um die Fragen der Anerkennung von Abschlüssen, der Vergleichbarkeit von Versorgungs- und Rentenleistungen und den Wechsel zwischen Wissenschaftssystemen sowie zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Als Einrichtung der Spitzenforschung nennt St de Jager das IFM-GEOMAR, das ausgebaut werden solle. Das Kabinett habe sich darauf verständigt, einen Erweiterungsbau für das IFM-GEOMAR vorzusehen. Es gebe weitere Beispiele, auch in der Kooperation mit Hamburg, bei denen man sich auf Weltniveau bewege.

Die Frage des geistigen Eigentums sei ein wichtiger Aspekt im Bereich der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Eine Beschäftigung des Europaausschusses mit dem Thema sei gut, um frühzeitig Öffentlichkeit über die Themen herzustellen und so die Akteure in Schleswig-Holstein entsprechend zu beeinflussen.

Herr Dr. Ingmar Schmidt, der Leiter des Referats universitätsübergreifende Projekte im Bereich Forschung und Strukturplanung der CAU, betont die Bedeutung des europäischen Arbeitsmarktes für die Christian-Albrechts-Universität. Man erhoffe sich vom Grünbuch auf diesem Gebiet viel. Der Wettbewerb um die besten Köpfe europaweit sei im Bereich der Forschung wesentlich. Behindert werde dieser Wettbewerb durch noch ungeklärte Probleme bei der Mitnahme von Fördergeldern und Sozialleistungen. Noch sei der Anteil der ausländischen Professoren an der Christian-Albrechts-Universität eher gering, was auch auf innereuropäische Barrieren zurückzuführen sei.

Er vermisse im Grünbuch der Europäischen Union einen Schwerpunkt auf kleinen wissenschaftlichen Projekten, die neben den großen Projekten eine wichtige Rolle spielten. An dieser Stelle befürchte man eine Vernachlässigung der Universitäten. Eine Förderung müsse darüber hinaus zeitlich begrenzt sein, da Wissenschaft ein schnelllebiger Prozess sei und es schwierig sei, fest etablierte Strukturen an neue Bedürfnisse anzupassen.

Im Hinblick auf die Patente betont Herr Dr. Schmidt, es gebe ein nationales Problem, bei dessen Lösung die EU helfen könne. Die Probleme mit der Wirtschaft könne sie aber nicht alleine lösen.

Herr Dr. Herzig, der Direktor des IFM-GEOMAR, betont, die Chancen seines Instituts im europäischen Forschungsraum lägen vor allem in der Vernetzung mit anderen großen Forschungsinstituten wie dem IFREMER in Frankreich und dem National Oceanography Centre in Southampton. Das IFM-GEOMAR habe den beiden anderen Instituten gegenüber jedoch den Nachteil, dass es kein nationales Forschungsinstitut sei. Im Verbund mit den anderen beiden Instituten bemühe sich das IFM-GEOMAR darum, beim Marine Board der European Science Foundation Einfluss auf Forschungsvorhaben zu nehmen, die im europäischen Bereich gefördert werden. Eine andere Möglichkeit des Einflusses bestehe über das Brüsseler Büro des Konsortiums Deutscher Forscher, das alle großen deutschen Meeresforschungsinsti-

tute zusammenfasse. Ein Leuchtturmprojekt, das in diesem Zusammenhang entstanden sei, sei der Europäische Meeresdatenatlas, in dem bisher unbekannte Daten zur Meeresbodenmorphologie und Topografie sowie weitere Daten über die europäischen Meere zusammengefasst werden sollten. Dieses Flaggschiff-Projekt eröffne viele Forschungsmöglichkeiten. Eine weitere Idee bestehe darin, in der zweiten Phase des 7. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union Meeresforschung zu einem eigenen Forschungsschwerpunkt zu machen.

Im Hinblick auf den bereits von St de Jager angesprochenen Europäischen Forschungsrat merkt Herr Dr. Herzig an, dass es Konfliktpotenzial mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft gebe.

Als letzten Punkt erwähnt er die Einrichtung eines europäischen Instituts für Technologie, in dem ähnlich dem amerikanischen MIT überregional Forschungseinrichtungen zusammengefasst werden könnten, um gute Forschung zu gewährleisten.

Auf eine Frage des Abg. Fischer zu Initiativen der Bundesregierung oder Schleswig-Holsteins zum Europäischen Forschungsraum merkt St de Jager an, federführend sei das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das nationale Projekte koordiniere und als Teil der Bundesregierung auch Ansprechpartner für die Europäische Kommission sei. Die bisherigen Entwicklungen seien jedoch noch in einem frühen Stadium.

Auf eine weitere Frage des Abg. Fischer zur Mobilität von Wissenschaftlern innerhalb Europas betont St de Jager, dass Deutschland für ausländische Wissenschaftler durch den Beamtenstatus der Professoren attraktiv sei. Im Hinblick auf kurzfristige Mobilität sei dieser Beamtenstatus jedoch eher hinderlich. In den Exzellenzclustern in Schleswig-Holstein gebe es eine gute Möglichkeit, auf diesem Gebiet Erfahrungen zu sammeln, da hier junge Wissenschaftler beschäftigt seien, die viel Flexibilität verlangten.

Zur Mobilität ergänzt Herr Dr. Schmidt, dass man aufseiten der CAU die Probleme identifiziert habe und versuche, die Vorteile von Beamtenstellen, zum Beispiel das im Vergleich zu Angestellten höhere Nettogehalt, herauszustellen. Im Hinblick auf arbeits- und sozialrechtliche Aspekte gebe es Einzelfalllösungen, die jedoch als übergreifende Lösungen nicht geeignet seien. Im Hinblick auf Förderprogramme beteilige sich die CAU aktiv an Arbeitsgruppen sowohl in Brüssel als auch auf nationaler Ebene.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Klug zur unterschiedlichen Besoldung von Beamten und Angestellten im wissenschaftlichen Bereich und besonderen Aspekten des TV-L führt Herr Dr. Schmidt aus, dieser Tarifvertrag habe eine Senkung der Gehälter für Wissenschaftler

zur Folge, was die Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb um Wissenschaftler nicht stärke. Zwar biete der TV-L ein gewisses Maß an Flexibilität in der Gestaltung der Gehälter, diese könne jedoch oft nicht ausgeschöpft werden. Die Nachteile müssten hingegen in jedem Fall in Kauf genommen werden.

Herr Dr. Herzig ergänzt, dass neben dem Gehalt auch die Attraktivität des Forschungsstandortes eine entscheidende Rolle bei der Anwerbung von Wissenschaftlern spiele. Mit dem Ausbau der Standortpolitik sei es möglich, ausgewiesene Forscher nach Kiel zu holen. Die mit dem TV-L verbundene Reduzierung der Einstiegsgehälter sieht Herr Dr. Herzig ebenfalls kritisch.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Schwerpunkte der französischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008

Berichterstatterin: Mme Claire Thuaudet, EU-Beauftragte der Französischen Botschaft

hierzu: Anlage 2 zu dieser Niederschrift

Frau Claire Thuaudet, die EU-Beauftragte der Französischen Botschaft, trägt die in Anlage 2 zu diesem Protokoll angefügte Präsentation vor und erläutert die Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft für das kommende Halbjahr.

Auf eine Frage des Abg. Ritzek zu der Idee des Europas der zwei Geschwindigkeiten und der Einstellung der französischen Ratspräsidentschaft dazu führt Frau Thuaudet aus, man setze zurzeit darauf, als Europa gemeinsam zu agieren. Als Antwort auf das irische Nein zum Reformvertrag von Lissabon müsse man den Bürgern Antworten auf ihre Fragen geben. Diese Antworten könnten nur gemeinsam gefunden werden. Ebenso könnten die Probleme, vor denen die Europäische Union stehe, nur gemeinsam mit allen Mitgliedsstaaten bewältigt werden.

Auf eine Frage des Abg. Müller zur Asylpolitik in der französischen Ratspräsidentschaft betont Frau Thuaudet, dies sei eine der Prioritäten für das kommende halbe Jahr, weil man versuchen wolle, dafür zu sorgen, dass die Asylverfahren im Schengen-Raum einheitlicher gestaltet werden. Es könne nicht sein, dass Asylbewerber in den Mitgliedstaaten auf so unterschiedliche Systeme träfen. Die Asylbehörden sollten besser zusammenarbeiten und sich stärker austauschen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Müller zur Wiederbelebung der europäischen Verteidigungs-idee und einem möglichen Widerspruch zur Idee der Zivilmacht Europa erläutert Frau Thuaudet, sie sehe keinen Widerspruch zwischen den beiden Funktionen. Europa habe in der Vergangenheit die Verantwortung für Friedensmissionen übernommen, an denen auch Deutschland aktiv beteiligt gewesen sei. Wenn Europa Verantwortung übernehmen wolle, müssten die dazu notwendigen Instrumente angepasst werden. Eine Neufassung der Europäischen Sicherheitsstrategie solle gewährleisten, dass man eine einheitliche Analyse der Bedrohungen vornehme. Dabei gehe es auch darum, über bessere Planungskapazitäten zu sprechen, um die Friedensmacht zu verstärken.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, weist auf den Schleswig-Holstein-Tag Mitte Juli in Neumünster hin.

Des Weiteren informiert sie über einen Termin am 22. September 2008. An diesem Tag gebe es eine regionale Konferenz unter Leitung des Wirtschaftsausschusses, an der nach Möglichkeit die Europapolitischen Sprecher teilnehmen sollten.

Zur geplanten Ausschussreise nach Zypern in der Zeit vom 24. bis 28. November 2008 führt Abg. Dr. Klug aus, dass es bezüglich des Reiseziels Bedenken des Landtagspräsidenten gebe. Angesichts der Umsetzungsprobleme solle man sich Gedanken über eine Alternative machen. Er könne die geäußerte Kritik in Teilen nachvollziehen, da Zypern nicht unbedingt ein wesentliches Reiseziel für die Tätigkeit des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages sei.

Abg. Ritzek führt aus, es gebe seiner Kenntnis nach keine Maßstäbe für die Bewertung von Ausschussreisen. Wichtig seien vor allem die Inhalte, zum Beispiel diejenigen Themen, über die der Minister in dieser Sitzung berichtet habe. Diese maritimen Themen beträfen auch den Mittelmeerraum. Darüber hinaus gebe es auch europäische Themen zu besprechen. Er plädiert dafür, die Reise wie geplant durchzuführen.

Abg. Spoorendonk begrüßt, dass das Thema angesprochen werde. Notwendig sei, dass sich die Fraktionen noch einmal damit befassen. Kritisch äußert sie sich zu dem Zeitpunkt der Reise, da dieser in den Haushaltsberatungen liege. Aus diesem Grunde könne sie ihre Teilnahme noch nicht fest zusagen.

Abg. Fischer betont, dass die Diskussion um mögliche Reiseziele zunächst einmal dem Ausschuss überlassen sein sollte. Der Ausschuss entscheide, ob das Reiseziel für ihn adäquat sei. Bei den Reisen anderer Ausschüsse habe er keine vergleichbare Diskussion erlebt. Er bekräftigt, dass er das Ziel Zypern für gut halte und plädiert dafür, das Arbeitsprogramm an den Inhalten auszurichten, die für Schleswig-Holstein wichtig seien. Er zeigt sich ungehalten über die Diskussion, die er für kontraproduktiv halte.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, führt aus, die vorgesehenen Themen lägen im Bereich der grenzüberschreitenden Politik und der Meerespolitik. Dies sei auch vor dem Hintergrund der von der Französischen Ratspräsidentschaft angestrebten Mittelmeerunion ein interessanter Aspekt. Bisher gebe es darüber hinaus keine Vorgaben über die Angemessenheit von Reisezielen, wenn das anders gesehen werden sollte, müsste man einen entsprechenden Beschluss fassen.

Abg. Dr. Klug pflichtet den Ausführungen von Abg. Spoorendonk hinsichtlich der terminlichen Schwierigkeiten bei. Zudem äußert er Bedenken hinsichtlich des Reiseziels und führt aus, die ständige Praxis des Landtages, sich bei Ausschussreisen auf den Ostsee- und Nordseeraum weitgehend zu beschränken, sei vernünftig.

Abg. Müller merkt ebenfalls an, dass es bisher keine Kriterien für Reiseziele gebe. Zudem beschäftige sich der Europaausschuss mit ganz Europa, das mehr umfasste als nur Ostsee und Nordsee. Im Mittelmeerraum gebe es der Ostseeregion vergleichbare Strukturen, über die man mehr erfahren wolle. Eine Festlegung auf Vorgaben für mögliche Reiseziele empfinde er als Beschränkung.

Abg. Spoorendonk empfiehlt, sich noch einmal mit den Inhalten der geplanten Reise, mit Gesprächspartnern und Informationen gezielt auseinanderzusetzen. Für viele Themen könne Zypern ein exemplarisches Beispiel sein. Sie plädiert dafür, dass der Landtagspräsident das Gespräch mit dem Ausschuss suchen solle. Darüber hinaus sei es auch Sache der Fraktionen, diese Diskussion zu führen.

Abg. Fischer zeigt sich offen für ein Gespräch mit dem Präsidenten, betont jedoch, dass der Europaausschuss nicht erklären müsse, warum er dieses Ziel gewählt habe. Er betont ebenfalls, dass es keine festgelegten Kriterien für Reiseziele gebe. Darüber hinaus könne man dem Europaausschuss keine übermäßige Reisetätigkeit nachgesagt werden. Er plädiert dafür, an dem Reiseziel festzuhalten, besonders vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Reise nicht viel teurer sei als andere vergleichbare Reisen.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, erklärt, dass die dem Ausschuss zur Verfügung stehenden Mittel für Ausschussreisen für die Legislaturperiode noch nicht ausgeschöpft seien. Eine Inanspruchnahme zusätzlicher Mittel für diese Reise sei keinesfalls notwendig.

Mit den Stimmen der Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Ritzek gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der Abgeordneten Herbst und Sönnichsen kommt der Ausschuss überein, an dem geplanten Reiseziel Zypern festzuhalten.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin